

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schreibleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109

Telephon 136-00 — Postfach-Konto 63-508

Katowice, Plebiscytowa 35; Bielig, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielig-Biala u. Umgebung

2,6 Milliarden Franken für Polen

Paraphierung des Vertrages über die französische Anleihe für Polen.

Wie die gestrige Warschauer Abendpresse meldet, ist das Abkommen über die französische Anleihe für Polen am Sonntag in Paris paraphiert worden. Die Anleihe-summe beträgt 2,6 Milliarden Franken, das sind gegen 650 Millionen Zloty. 800 Millionen Franken sollen in bar ausgezahlt werden, eine Milliarde in Waren, und die restlichen 800 Millionen sollen durch Konversion realisiert werden.

Ueber den Abschluß des Anleiheabkommens veröffentlichte das polnische Finanzministerium gestern folgenden amtlichen Bericht: In einer Atmosphäre wohlmeinender

und aufrichtiger Zusammenarbeit, durch welche die traditionellen polnisch-französischen Beziehungen gekennzeichnet sind, wurden letztere in Paris Besprechungen über die Vornahme gewisser Änderungen in den Finanzabkommen geführt, das in Rambouillet anlässlich des Besuchs des Marschalls Smigly-Rydz unterzeichnet wurde. Diese Besprechungen haben zu einer Vereinbarung geführt, die in zwei Noten enthalten ist, die am 30. November im französischen Außenministerium zwischen dem Außenminister Frankreichs Delbos und dem polnischen Botschafter in Paris, Juliusz Lukasiewicz, ausgetauscht wurden.

Völkerbundrat zum 10. Dezember einberufen

Italien lehnt Teilnahme ab.

London, 30. November. Das Präsidium des Völkerbundes hat beschlossen, dem Verlangen der spanischen Regierung stattzugeben und berief den Völkerbundrat zu einer außerordentlichen Tagung zum 10. Dezember nach Genf ein.

Rom, 30. November. Wie der Sender des Vatikan aus gutunterrichteten Kreisen meldet, werde Italien an den Arbeiten der außerordentlichen Tagung des Völkerbundes nicht teilnehmen, da dieselbe auf Verlangen einer Regierung einberufen wurde, die von Italien nicht anerkannt werde. Jedoch habe Italien nicht die Absicht, sich endgültig aus dem Völkerbund zurückzuziehen.

Die Lage an den spanischen Fronten.

Ein Bericht der Aufständischen.

Kabat, 30. November. Wie der Rundfunksender Sevilla meldet, soll es den Aufständischen gelungen sein, Angriffe der Regierungstruppen an der Murien-Front zurückzuschlagen. In Madrid sollen im nördlichen Stadtteil heftige Kämpfe im Gange sein. Es soll den Aufständischen gelungen sein, die Zugänge zu der Stadt an einigen Stellen zu besetzen, so daß die Verbindung Madrids mit dem übrigen Lande nur noch an einigen Stellen möglich ist. Der Aufständischen-Sender unterstreicht in seinem Bericht, daß die Leitung der Aufständischen die Eroberung Madrids keinesfalls aufgegeben habe und jetzt zum Generalangriff übergehen wolle, wobei in Madras gestellt wird, daß eine Aushungerung Madrids geplant sei.

Aufstangriff auf Alicante.

Alicante, 30. November. Die Zivilbehörden von Alicante teilten dem Habas-Korrespondenten mit, daß bei dem Bombardement der Stadt durch Flieger der Aufständischen eine Person getötet und 7 verletzt wurden.

Anlage gegen 20 Studenten erhoben.

Von den 300 Studenten, die aus der Pilsudski-Universität in Warschau am Donnerstag voriger Woche zwangsweise entfernt und festgenommen wurden, sind 280 entlassen worden. Unter den 20 in Haft gehaltenen Personen sind 10 Studenten und 10 Personen, die mit der Universität nichts gemein haben. Die Festgehaltenen stehen unter der Anklage, die Aktion der Studenten geleitet zu haben, durch welche Zerstörungen in der Universität angerichtet wurden. Außerdem wird ihnen Widerstand gegen die Polizeigewalt zur Last gelegt. In Zimmern der Universität wurden zahlreiche Steine und Pfeile sowie gegen 200 Stöcke, Eisenstangen usw. gefunden. Eine besondere Untersuchung wurde wegen der Veroren-

nung eines Teils der Universitätsakten durch die freigesetzten Studenten eingeleitet.

An der Krakauer Universität werden die Vorlesungen heute zum Teil wieder aufgenommen.

Italienische Flieger Soldaten werden zurückgehalten.

Rom, 30. November. Im Amtsblatt ist eine Verordnung enthalten, der zufolge alle im Flugwesen dienenden Soldaten des Jahrgangs 1914 auf unbestimmte Zeit im Heeresdienst zurückgehalten werden. Die Soldaten dieses Jahrganges sollten im November d. J. entlassen werden.

Spanien zu Hilfe!

Ein Appell Romain Rollands.

Der große Dichter Romain Rolland, der Präsident Massaryk „das Gewissen der Welt“ nannte, wendet sich als Ehrenpräsident des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus mit folgendem Appell an die Menschheit zugunsten des um seine Freiheit ringenden spanischen Volkes:

„An alle Völker! Bringt Hilfe den Opfern Spaniens!“

Ein Schrei des Grauens steigt aus den rauchenden Trümmern Madrids. Die stolze Stadt, einstmal die Königin der halben Alten und Neuen Welt — sie, die einer der Brennpunkte war, von denen die Kultur des Abendlandes ausstrahlte — wird heimgesucht mit Feuer und Tod von einer Armee afrikanischer Mauren und Legionäre, deren rebellische Führer sich frech berufen auf die Sache Spaniens, das sie vermaßen, und auf die Zivilisation, die sie mit Füßen treten.

Tausende von Frauen und Kindern werden hingerichtet, verstümmelt, lebendig verbrannt. Auf die Wohnviertel des Volkes haben sie es zuerst abgesehen. Die Krankenhäuser werden nicht geschont. Die alten reiche Paläste stehen in Flammen. Heute der Palast des Herzogs von Alba, morgen der Prado. Jahrhunderte der Kunst stürzen unter den Bomben zusammen. Mit seinem Volke stirbt Belasquez . . .

Und diese Stunde, da die heroische Stadt, deren Könige einst Europa vor dem Ansturm der Araber gerettet haben, sich im Todeskampfe windet, — diese Stunde gerade haben Mussolini und Hitler gewählt, um die Regierung Francos des Afrikaners anzuerkennen, der Spanien mordet mit den Waffen, die ihm die faschistischen Mächte Italien und Deutschland liefern! — Eine Hand wächt die andere. Franco bezahlt sie, indem er ihnen die Reichtümer und die strategischen Punkte Spaniens preisgibt . . . — Wahnsinnig sind, die nicht sehen, daß eines Tages das Blut ihres verbrecherischen Handelns auf das Haupt ihrer eigenen Völker zurückfallen und daß die Barbarei, die sie entfesselt haben, die Fackeln gegen ihre eigenen Städte schleudern wird! Nach Madrid und Barcelona (denn morgen schon wird Barcelona bombardiert werden) ist die Reihe an Rom, Berlin, London, Paris . . . Die großen Nationen Europas, die großen Mütter der Zivilisation, stürzen sich wie Wölfinnen auf die Wildheit auf eine von ihnen, die edelste, um sie zu zerfleischen, bevor sie sich gegenseitig erwürgen. Wohl den Zeiten, die kommen werden, den Zeiten die kommen, — die gekommen sind!

Menschheit! Menschheit! An dich geht der Ruf! Der Ruf geht an Euch, Menschen Europas und Amerikas! Spanien zu Hilfe! Uns zu Hilfe! Euch zu Hilfe! Denn ihr seid es, wir sind es die bedroht werden. Lßt nicht diese Frauen, diese Kinder, diese Schätze der Welt, zugrunde gehen! Wenn Ihr schweigt, so werden es morgen die Euren, Eure Kinder, Eure Frauen, alles, was Ihr liebt, alles, was das Leben schön und heilig macht, zugrunde gehen. Wenn ihr Euch nicht entgegenstellt dem Bombardement der Krankenhäuser und Museen, der Wohnviertel des Volkes, der spielenden Kinder, so werdet ihr alle Völker der Welt, früher oder später das gleiche Schicksal erleiden. Wer wird den verheerenden Brand eindämmen können, wenn ihr ihn nicht bei seinem Ausbruch löst! Die ganze Welt wird in Flammen aufgehen.

Rasch! Noch rascher! Erhebt Euch, redet, streit und handelt! Wenn wir schon diesen Krieg nicht verhindern konnten, so laßt uns die Achtung jener Gesetze erzwingen, die die internationalen Abkommen gebieten! Laßt uns die Wehrlosen, die Unschuldigen retten. Ueber alle Unterschiede der Rassen, der Parteien, der Religionen hinweg möge eine gleiche Kraft die Völker vereinen und vermähltstreiben, damit sie den Opfern zuhülfe eilen! So erweise sich inmitten der Raserei des Krieges selbst die Brüderlichkeit aller Lebenden, aller Lebenden!

Romain Rolland.

November 1936.

Eben zum Antikomunisten-Abkommen

LONDON, 30. November. Außenminister Eben gab am Montag im Unterhaus auf Befragen eine Erklärung über das deutsch-japanische Antikomunisten-Abkommen ab. Eben führte aus:

„Der Wortlaut des am 25. November in Berlin von den Vertretern der deutschen und japanischen Regierung unterzeichneten Abkommens ist den britischen Botschaftern in Berlin und Tokio von den Außenministern der beiden Länder kurz vor der Veröffentlichung mitgeteilt worden. Hierbei versicherte der deutsche Außenminister dem britischen Botschafter, daß über irgendein militärisches oder anderes Abkommen zwischen Deutschland und Japan nicht verhandelt sei. Der japanische Außenminister erklärte, daß überhaupt kein Geheimvertrag bestehe. Ich habe keine Mitteilung darüber, daß Italien schon ein ähnliches Abkommen mit Japan abgeschlossen hat. Was die Haltung der britischen Regierung angeht, so ist im Unterhaus bekannt, daß die britische Regierung ausdrücklich eine Teilung der Welt in verschiedene Lager besonders auf ideologischer Grundlage ablehnt. Die Politik der britischen Regierung besteht weiterhin darin, alles in unserer Macht stehende zu tun, um freundschaftliche Beziehungen zwischen allen Nationen zu fördern.“

40-Stundenwoche für 12 Millionen Arbeiter in Frankreich.

Die französische Regierung wird, wie kurz berichtet, in der nächsten Zeit die Vierzig-Stundenwoche auf weitere Industriezweige ausdehnen. Bisher galt die Verkürzung der Arbeitszeit für etwa acht Millionen Arbeiter. Bis Ende dieses Jahres wird sie auch in den Banken, den Handelsunternehmungen, in der chemischen und in der graphischen Industrie eingeführt werden. Am 29. November 1936 erfolgt die Einführung der Vierzig-Stundenwoche außerdem in der Maschinen- und Schwerindustrie. Falls die Verhandlungen mit den betroffenen Arbeitgebern zu keinem Ergebnis führen sollten, wird die Vierzig-Stundenwoche auf Grund der Regierungszwangs macht bewirkt werden.

Ferner wird die Frage der Ueberstundenarbeit in dem Sinne geregelt, daß sie nur aus dringlichen Gründen zulässig ist und nicht mehr als eine Stunde im Tag oder 75 Stunden im Jahr betragen darf.

Lohnerhöhungen in der französischen Textilindustrie.

Die Vertreter der Vereinigung der Textilindustrie in Tourcoing und in Courcoing haben beschlossen, mit Rücksicht auf das erhöhte Lebensniveau ab kommender Woche die Löhne um 20 Prozent zu erhöhen. Die Löhne wurden bereits am 9. Juni l. J. um 10 Prozent erhöht.

Beginn des „Brotfabrik-Prozesses“

Todesfälle und Mißhandlungen.

Am 30. November begann in Duisburg der sogenannte „Brotfabrik-Prozess“, einer der größten politischen Prozesse des niederheinischen Gebietes unter dem Hitler-Regime. Der Prozeß trägt im Volksmund seinen Namen auf Grund der Tatsache, daß die Angeklagten Angestellte einer Brotfabrik gewesen sind. Sie sollen den Kunden illegale Flugzettel bei der Brotbelieferung zugestellt haben. Der Leiter der Brotfabrik selbst, Maurice Cordas, konnte nicht angeklagt werden, weil er den Beweis erbrachte, mit irgendeiner illegalen Tätigkeit nichts zu tun zu haben. Trotzdem hat man ihn im Juni 1935 in das Konzentrationslager Esterwegen gebracht und ihn dort derart mißhandelt, daß Gefahr für sein Leben besteht.

Die 18 Hauptangeklagten gehörten früher fast durchwegs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Einige von ihnen sind aufs schärfste mißhandelt worden. Der Angeklagte Adam Romph ist durch Mißhandlungen nahezu erblindet. Der Angeklagte Wilhelm Kattwinkel ist im Duisburger Gefängnis mit schwer zerschlagenem Bein und gehunfähig beobachtet worden. Auch der Angeklagte Wilhelm Wöste aus Vödenheim ist gleichfalls schweren Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Der Angeklagte Renner aus Herlohn war infolge der ihm widerfahrenen Behandlung zeitweise gelähmt.

Aus den Erlebnissen der Hauptangeklagten in der Voruntersuchung und den während der Voruntersuchung erfolgten Todesfällen der Angeklagten Alfred Hinz, Alex Roeten, Büttner und Graßmann kann man umschwer darauf schließen, in welcher einseitigen und brutaler Weise das Gerichtsverfahren selbst geführt werden wird.

Das Problem der Glendgebiete.

Englischer Bischof erklärt: „Gott segne die Revolution“.

Es gibt in allen Ländern, auch in solchen mit hoher Zivilisation und starker Wirtschaftsbasis, Notstandsgebiete, in denen die Bevölkerung bedeutend unter dem Durchschnittsniveau lebt, ja die furchtbarste Not zu leiden hat. Es ist daher von großem Interesse, welche Maßnahmen vorgeschlagen oder ergriffen werden, um den Menschen in den Glendgebieten zu helfen. Solche Glendgebiete gibt es auch in Polen und in einigen industriellen Gebieten, gibt es viele Industrieunternehmen, die schon seit langem stillliegen, ohne daß die Arbeiter eine andere Arbeit finden können; die Einwohner vieler Orte sind einfach dem Elend ausgeliefert und ihre Not ist, wenn nichts unternommen wird, eine dauernde, d. h. tausende Menschen, Erwachsene und Kinder, stehen vor dem Untergang.

In England steht zur Zeit das Problem der Notstandsgebiete im Vordergrund, und im Parlament und in der breiten Öffentlichkeit wird über die zu ergreifenden Hilfsmaßnahmen auf das leidenschaftlichste debattiert.

Bei der letzten Unterhausdebatte über die englischen Notstandsgebiete, der „distressed areas“, für die man in England schon im vorigen Jahre ein eigenes Gesetz und eine besondere Regierungskommission geschaffen hatte, erklärten nicht nur die Abgeordneten der Arbeiterpartei, daß die Regierung für die industrielle Wiederbelebung und die soziale Hilfe in den Notstandsgebieten zu wenig getan habe. Auch eine Reihe konservativer Abgeordneter ergriffen das Wort, um die Regierung zu energischeren Maßnahmen gegen das Elend jener Industriegebiete aufzufordern, die noch immer eine erschreckend hohe Arbeitslosenziffer aufweisen und deren Industrie zum großen Teil schon seit Jahren still liegt. Es handelt sich vor allem um die Gebiete des Kohlenbergbaus in Süd-Wales und Schottland, um die Textilindustrie in Lancashire, um die Nordostküste Englands und um Cumberland. Die Arbeiterpartei hat eine besondere Kommission eingesetzt, die das Problem der Notstandsgebiete studieren soll, und auch der König hat die Bedeutung der Frage gewürdigt und in diesen Tagen eine Reise in das Kohlengebiet von Süd-Wales unternommen, wo mehr als 30 Prozent aller Versicherten ohne Arbeit sind.

Die Maßnahmen, welche die englische Regierung schon Anfang des vorigen Jahres eingeleitet hat, haben wie im Unterhaus auch der Schatzkanzler Chamberlain zugab, keinen befriedigenden Erfolg gehabt, obwohl für diese Zwecke von der Regierung zwei Millionen Pfund aufgewandt wurden und außerdem noch mehr als sieben Millionen in die Depressionsgebiete geleitet wurden. Chamberlain kündigte an, daß ein neues Gesetz in Vorbereitung sei, daß fünf Möglichkeiten der Hilfe für die Notstandsgebiete berücksichtigt wird. Erstens die Wiederbelebung der stillstehenden Industrien, zweitens die Einführung neuer Industrien, drittens die ländliche Siedlung der dauernd Arbeitslosen, viertens die Ueberführung eines Teils der Bevölkerung in andere Gebiete und fünftens die Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale Maßnahmen.

Welche Reaktion das Dauerelement der englischen Öffentlichkeit hervorgerufen hat, zeigt die Erklärung des früheren Bischofs von Bloemfontein, Rt. Reverend Walter Julius Carey, auf einem Meeting in Westminster, wo über 300 Geistliche eine Resolution billigten, die die Regierung zu einer Aktion für die Glendgebiete aufforderte. Zuerst erklärte Bischof Carey, daß er selbst „so erbittert sei und dieses Problem zu schrecklich finde, daß er sich kaum traue zu sprechen“. Dann sagte er: „Ich habe der konservativen Partei geglaubt, aber ich verliere mein Vertrauen. Wenn die Regierung nicht eine Lösung für die Glendgebiete — besonders in Süd-Wales — finden wird, dann werde ich, wenn die Revolution kommt, sagen, „Gott segne die Revolution“, denn es wird die rechtschaffenste Sache sein, die sich je ereignete“. Und der Domherr Pugh, Pfarrer von Merthyr, bezeichnete sich selbst als Konservativen, sagte aber, daß er, wenn er in den Slums von Merthyr geboren wäre, ein Revolutionär sein würde.

Es wäre sehr zu wünschen, daß auch in Polen sich Männer des öffentlichen Lebens finden würden, außerhalb der Arbeiterparteien, von wo aus die Marnrufe und Forderungen seit langem erfolgen, die sich mit demselben Mut für Hilfsmaßnahmen einsetzen, die zur Abschaffung des Dauerelements in vielen Gegenden Polens führen könnten.

Gestapo-Methoden in Jugoslawien.

Von Jugoslawien plagen unsere Zeitungen nur zu schreiben, wenn es Herr Schacht mit einem Besuch beehrt und wenn dann sofort daran anschließend erklärt wird, Jugoslawien halte weiterhin an der Politik der Kleinen Entente fest. Und doch verdienen auch die alltäglichen politischen Märgen in diesem Lande die ständige Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit. Man kann leider nicht sagen, daß diese alltäglichen Märgen erträglich wären. Uns sind in der letzten Zeit eine Unmenge Fälle grausam unmenschlicher Quälereien und Mißhandlungen wirklich oder auch nur vermeintlicher Gegner der Belgrader Diktatur bekannt geworden. Besonders in Kroatien sind Antisshandlungen mit tödlichem Ausgang keine Seltenheiten.

Obwohl wir alle Berichte, die uns über das Wirken der serbischen Diktaturpolizei geschickt wurden, für glaubwürdig halten, wollen wir doch nur einige wenige Fälle wiedergeben. Für ihre Wahrscheinlichkeit steht mit der ganzen Autorität seiner Persönlichkeit der Kroatienführer Dr. Vlado Maschel ein. Wir entnehmen sie aus einem Briefe Dr. Maschels an den Justizminister Dr. Kotoschec.

Am 4. Dezember 1935 wurde der Arbeiter Hubert Wibalowitsch mit einem Wirbelsäulenbruch aus dem Polizeigefängnis in Agram in die Klinik gebracht. Er soll durch einen Sprung aus dem Fenster aufs Straßensplaster Selbstmord verübt haben, was aber wenig wahrscheinlich ist, da alle Zellen überfüllt sind und ihn ein Mitgefangener sicher von der Bergweilungsstat zurückgehalten hätte. Die tödlichen Verletzungen dürften also auf andere Art zustande gekommen sein. Aber selbst wenn die Darstellung der Polizei richtig wäre, kann man sich eine Vorstellung von den Zuständen in ihrem Gefängnis machen, die einen politischen Untersuchungshäftling lieber den Tod wählen lassen, als eine Fortsetzung des Verhörs.

Drei Nächte lang wurde vom 22. bis 24. Februar dieses Jahres der Schwab Winko im Amtszimmer Nr. 18 der Agramer Polizei gefoltert. Die Folterung nahmen ein Referent und zwei Agenten vor. Hände und Füße wurden ihm am Rücken zusammengebunden, dann wurde ihm eine Stange unter beide Achseln gesteckt und er daran aufgehängt. Dann wurden ihm die Fußsohlen und die Handflächen geschlagen, solange er bei Bewußtsein blieb. — In der Nacht des 14. Februar wurde der Schuharbeiter Zic Franz auf die gleiche Art gequält. — Politisch Mittel, der Beamte der staatlichen Elektrizitätswerke Smelitschitsch und die Spliter Professorin Verus wurden in der gleichen Zeit auf die gleiche Weise gefoltert.

Direkt ungläublich scheint der leider wahre Fall der Franica Dubal, einer Mutter von vier Kindern. Ihr

Mann wurde von der Polizei vergeblich gesucht. Um seinen Aufenthalt zu erfahren, verhaftete die Polizei die Frau. Nachdem sie schon auf alle mögliche Art schikanieren und gemartert worden war, wurde sie in der Nacht des 8. Februar in die Zelle Nr. 20 geführt und dort gefoltert. Das „Verhör“ führten derselbe Konzeptsbeamte, der schon im Falle Schwab Winko erwähnt wurde, und zwei Agenten durch. Als sie sich weigerte, den Aufenthaltsort ihres Mannes anzugeben, zwangen die Schergen sie, Schuhe und Strümpfe auszuziehen, fesselten sie an Händen und Füßen, kniebelten sie mit einem alten und schmutzigen Leder, hoben ihr unter die Achseln eine edige Eisenstange. Die Ketten an den Händen waren miteinander verbunden. In beiden wurde sie so aufgehängt, daß sie waagrecht, den Rücken nach unten, in der Luft schwebte. In dieser Stellung ließ man sie eineinhalb Stunden. Mit kantigen Knütteln schlug man sie auf den Bauch, den Kopf und die Fußsohlen. Sie verriet nichts! Da vernahm sie aus der Nebenstube die Stimme ihres Töchterchens Olga: „Mütterchen, Mütterchen, gib alles zu, sie erschlagen mich!“ Das war zu viel für eine Mutter. Nun „bekannte“ sie und wurde nach weiteren drei Stunden entlassen.

Das sind nur wenige Fälle aus der Praxis der Agramer Polizei. Die Gendarmen der kroatischen Provinz wüten womöglich noch schlimmer. „Kroatische Gestapo“ und „Kommunisten“, d. h. alle Leute, die den Behörden aus irgendeinem Grunde unbequem oder auch nur unympathisch sind, können keinen Tag vor den „Antisshandlungen“ sicher sein. Je kleiner der Ort ist, desto formloser die „Antisshandlung“. In den kleineren Dörfern schleißt die Gendarmerie einfach in die Häuser und Häuten der „Oppositionellen“ oder zündet sie an.

Roosevelt in Buenos Aires eingetroffen

Seute Beginn der Panamerika-Konferenz.

Buenos Aires, 30. November. Am Montag traf Präsident Roosevelt an Bord des amerikanischen Kreuzers „Indianapolis“ in Buenos Aires ein. Die gesamte argentinische Hochseeflotte war dem amerikanischen Kriegsschiff entgegengefahren. Im Hafen wurde Roosevelt, der sich in Begleitung seines Sohnes befindet, vom argentinischen Staatspräsidenten General Justo feierlich empfangen. Zugegen waren argentinische Minister, diplomatische Vertreter, ferner die Spitzen der zivilen und militärischen Behörden.

Die Regierung hat den Anfunfstag zum Feiertag erklärt.

Präsident Roosevelt wird am morgigen Dienstag die panamerikanische Friedenskonferenz eröffnen.

